Z VII

Rottenführer-Zeitung

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahn- für die Vertretung der Standesinteressen Rotten- und Hilfsrottenführer E. V.

Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.

Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 10 **Dahlhausen-R., 15. Mai 1918** **7. Jahrgang**

Inhalt: Beamtenfragen in der 2. Lesung des Eisenbahnetats. — Organisationsfragen und -aufgaben. — Beamtenkammern. — Entschuldungsbeihilfen für Beamte. — Zur Lebensmittelversorgung der Eisenbahnbediensteten in Preußen. — Neue Steuern. — Volksversicherung des Reichskartells und Kriegsanleihe. — Vereinsnachrichten. — Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher. — Notizen. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender.

Beamtenfragen in der 2. Lesung des Eisenbahnetats.

IV.

Dr. **v. Breitenbach** (fortfahrend): Vielleicht ist es von besonderem Interesse, zu wissen, wie sich die Aufbesserung des Einkommens der Beamten und Arbeiter auf beide Gruppen von Angestellten verteilt. Ich vergleiche die Jahre 1917 und 1913. In dieser Zeit sind die Beamten um insgesamt 195 Millionen vorgeschritten, die Arbeiter um 421 Millionen. Die Zahlen wären nicht vergleichsfähig, wenn ich nicht mitteilte, wie sich die Aufbesserung des Gehalts- und Lohneinkommens auf den Kopf verteilte. Für die Beamten bedeutet das eine Aufbesserung des Einkommens um 810 Mark, für die Arbeiter um 1290 Mark. Meine Herren, diese große Differenz wird zum nicht geringen Teile durch dasjenige ausgeglichen werden, was demnächst bezüglich der Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für die Beamtenschaft beschlossen werden wird. Daß sie ganz ausgeglichen werden wird, glaube ich nicht; das halte ich auch für unmöglich, weil die Lohnsteigerung der Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung sich doch sehr wesentlich unter Gesichtspunkten vollzogen hat, die die Kriegswirtschaft gebracht hat: unter Berücksichtigung der Löhne, die die Kriegsindustrie zahlt. Diese Löhne haben wir im allgemeinen nicht erreicht, obwohl wir ihnen an manchen Stellen des Staates nahegekommen sind, sogar gleichstehen, und an manchen Stellen des Staates überholen, so daß bei mir mehrfältige Beschwerden wegen zu hoher Löhne eingegangen sind.

Diese Differenzen zwischen dem Einkommen des Beamten und dem Einkommen des Arbeiters haben uns gezwungen, eine Maßnahme zu treffen, die man als im hohen Grade unerwünscht und, unter dem Gesichtspunkt friedlicher Zustände gesehen, als unzweckmäßig bezeichnen kann. Wir sind genötigt gewesen, in umfassendem Maße Ausgleichszulagen an diejenigen Beamten zu zahlen, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, Ausgleichszulagen, die angesichts der Steigerung der Löhne eine sehr erhebliche Höhe, auch pro Kopf, erreicht haben. Der Herr Vorredner hat auf diese Tatsache und auch auf den Antrgg hingewiesen, der sich aus dieser unerwünschten Erscheinung entwickelt hat. Dieser Antrag geht dahin, den Beamten, die Ausgleichszulagen erhalten, bei Gewährung weiterer Teuerungszulagen diese auf die Ausgleichszulagen nicht anzurechnen.

Meine Herren, ich darf mich in diesem Zusammenhange über die Frage ganz kurz auslassen. Ich verstehe die wohlwollende Absicht. Aber wenn die Absicht so verwirklicht wird, wie der Antrag lautet, dann werden Sie erneute und große Beschwerden von seiten derjenigen Beamten hervorrufen, die nicht im Besitze der Ausgleichszulagen sind. Diese Beamten würden allmählich wieder in eine Gleichstellung mit ihren Mitbeamten, die Ausgleichszulagen erhalten, gelangen, wenn diejenige Regelung erfolgt, die wir schweren Herzens haben einführen müssen, daß nämlich jede Aufbesserung des Beamteneinkommens auf die Ausgleichszulage angerechnet wird. Das kann nicht mehr geschehen, wenn der Antrag angenommen wird und die Staatsregierung ihm stattgeben sollte. So sehr ich anerkenne, daß der Grundgedanke dem natürlichen Empfinden entspricht, so lebhafte Bedenken habe ich, ihn in der Form zu verwirklichen, wie er hier gedacht ist. Ich glaube aber doch, daß es Mittel und Wege geben wird, die es ermöglichen, einen Teil der Härten auszugleichen, deren der Herr Abgeordnete Wallbaum soeben Erwähnung tat.

Unter den Wünschen und den Forderungen, die die Herren Vorredner zur Geltung gebracht haben, spielte die Lebensmittelversorgung des Personals eine große Rolle. Ich habe mich über diese Frage schon in der letzten Sitzung eingehend geäußert, will aber doch auf eine Anregung kurz eingehen, die, wie ich glaube, sämtliche Herren Vorredner gegeben haben, daß die Lebensmittelversorgung dadurch unterstützt werden möge, daß von seiten der Verwaltung oder auch Dritter eine Anpachtung von Landgütern erfolgt, aus deren Erträgnissen dann Zuschüsse an das Personal gegeben werden sollen. Ich darf bemerken, daß einige Eisenbahnvereine schon in diesem Sinne aus sich heraus vorgegangen sind. Mir hat die Anregung und das Vorgehen der Eisenbahnvereine Anlaß gegeben, die ganze Frage einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen.

Uebereinstimmend ist von den Herren Vorrednern gewünscht worden, daß die Einschränkung des Erholungsurlaubes, die ich seit Beginn des Krieges wegen Personalknappheit habe durchführen müssen, aufgehoben werden möchte. Ich befinde mich in Uebereinstimmung mit dieser Auffassung. Ich glaube, bei der starken Kräfteinanspruchnahme des Personals wird, soweit dienstliche Interessen es nicht hindern — diese müssen natürlich unter allen Umständen vorangehen —, dem Personal derjenige Erholungsurlaub gewährt werden müssen, der ihm im Frieden zugebilligt war.

In diesem Zusammenhange möchte ich aber eine irrige Auffassung des Herrn Abgeordneten Wallbaum feststellen. Die Staatseisenbahnverwaltung hat kein Minderpersonal gegenüber dem Frieden, im Gegenteil, wir haben Mehrpersonal. Wir berechnen das Mehr an Personal auf 18 000 Köpfe gegenüber Friedenszeiten. Aber das Personal leistet qualitativ nicht unwesentlich weniger infolge der geschilderten Zusammensetzung und selbstverständlich infolge der geminderten physischen Kräfte.

Der Herr Abgeordnete Schmidt (Conz) wünschte, daß der Lohnberechnungszettel eine Aenderung erfährt. Dem Wunsche wird entsprochen werden.

Der Herr Abgeordnete Wagner regte an, in den Bezirksausschüssen, die wir seit Jahr und Tag gebildet haben — das sind Arbeiterausschüsse, die den Eisenbahndirektionen beigegeben sind —, besondere Abteilun-

gen für die einzelnen Arbeitergruppen zu bilden. Das ist eine Frage, die je nach den Umständen gelöst werden muß. Ich kann hier keine generelle Zusage in dieser Richtung geben, aber ich kann anerkennen, daß es je nach Lage des Falles angezeigt ist, diese Trennung eintreten zu lassen.

Dagegen bin ich mit dem Herrn Abgeordneten Wagner nicht einig bezüglich der Anstellung der Unterbeamten: ob diese auf Grund ihres Beschäftigungsdienstalters oder ihres Prüfungsdienstalters erfolgen soll. Ich habe bereits im Ausschusse darauf hingewiesen, daß die Regelung, wie sie heute gilt, daß das Beschäftigungsdienstalter als ständiger Hilfsbeamter maßgebend ist, im Einvernehmen mit der Unterbeamtenschaft erfolgt ist, weil das Prüfungsdienstalter eine viel zu flüssige Grenze ist und insbesondere weil die Frage, wann der Beamte zur Prüfung kommen soll, viel zu sehr von den Auffassungen und Aeußerungen der unmittelbaren Dienstvorgesetzten abhängt. Es ist also hier in diesem Falle das Interesse der Beamten, das eine andere Regelung angezeigt sein läßt.

Sämtliche Herren Vorredner haben darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft eine weitere Lohnaufbesserung gewärtigt. Ich habe mich im Eingange über diese Frage im allgemeinen ausgelassen. Es liegt ja auch, soweit mir erinnerlich, ein Antrag in dieser Richtung vor, der nicht nur eine Lohnaufbesserung fordert, sondern auch fordert, daß diese Lohnaufbesserung durch Erhöhung der Grundlöhne eintreten möge. Meine Herren, ich berufe mich noch einmal auf das Verhalten der Staatseisenbahnverwaltung in der Lohnfrage. Wir haben keinen Augenblick gezögert, die erheblichsten Mittel des Staates im Interesse der besseren Lebenshaltung unserer Angestellten aufzuwenden, und das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden nicht einen Augenblick zögern, vorzugehen und einzugreifen, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß das, was gewährt ist, soviel es auch absolut ist, nicht genügt; und ich meine, das Hohe Haus müßte sich mit solchen Erklärungen zufrieden geben. Es ist, soweit meine parlamentarische Erfahrung reicht, noch nicht geschehen, daß ein förmlicher Antrag über die Gewährung von Lohnerhöhungen in diesem Hause beraten ist, sogar mit der Maßgabe, diese Lohnerhöhungen in einer bestimmten Form erfolgen zu lassen. Mir scheint dieses Vorgehen nicht ohne Bedenken, und ich würde daher meinerseits, ohne damit irgendwie aussprechen zu wollen, daß ich mich ablehnend verhalte, wünschen, daß der Antrag abgelehnt wird.

Herr Abgeordneter Wallbaum hat sich warm der Beamten des Werkstättendienstes und des Wagenaufsichtsdienstes angenommen. Ich habe schon im vorigen Jahre ausgesprochen: die Organisation dieses Dienstes ist überholt. Die Beschwerden, die von seiten einer Beamtengruppe, der Werkführer, geltend gemacht worden sind, sind berechtigt, und die Berechtigung drückt sich ja darin aus, daß gerade die Werkführer die größten Ausgleichszulagen von allen Beamten erhalten. Hier kann nur auf organischem Wege eingeschritten werden, und das wird geschehen. Wir werden den ganzen Werkstättendienst und Wagenaufsichtsdienst anders organisieren müssen und werden durch die anderweite Organisation diese Beschwerden grundlegend beseitigen. Eine solche grundlegende Aenderung der Organisation können wir leider jetzt im Kriege nicht vornehmen; wir müssen uns mit Aushilfsmaßnahmen durchhelfen, so unvollkommen sie auch sind.

Auch die Wünsche des Fahrpersonals, die der Abgeordnete Wallbaum erneut zum Ausdruck brachte, finden vollkommenes Verständnis auf seiten der Staatsverwaltung. Es ist in dieser Beziehung Erhebliches geschehen. Ich habe zur großen Freude des Fahrpersonals vor wenigen Wochen den Wunsch erfüllt, daß der pensionsfähige Teil der Nebenbezüge ihnen zum vollen Betrag zugeführt wird, während es bisher nur zu zwei Dritteln geschah Ich weiß, daß das gesamte Lokomotiv- und Fahrpersonal die Erfüllung dieses Wunsches mit großer Befriedigung entgegengenommen hat.

Abg. **Delius** (fortschr. V.-P.): Meine Herren, je länger der Krieg dauert, um so größer sind die Schwierigkeiten geworden, die sich den Eisenbahnbediensteten bei Wahrnehmung ihrer schwierigen Dienstgeschäfte entgegentürmen. Das fehlende Personal, das Nachlassen der eigenen körperlichen Kräfte infolge der mangelhaften Ernährung und der langen Dienstdauer muß naturgemäß dahin führen, daß auch die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnbediensteten erheblich nachläßt. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten, so zollen wir nicht an letzter Stelle ganz besonderen Dank den Eisenbahnbeamten und -arbeitern. Wir sind der Meinung, daß dieser Dank nicht nur in Worten sich äußern möchte, sondern daß er auch, wo es irgend angängig ist, in Taten umgesetzt werden soll. Da kann es nicht bestritten werden, daß die Einkommensverhältnisse der Eisenbahnbeamten nicht im richtigen Verhältnis stehen zu der Arbeit, die jetzt von ihnen während des Krieges geleistet wird. Sie stehen aber auch nicht im Verhältnis zu den Teuerungsverhältnissen dieses Krieges, und es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß der Staat demnächst wieder mit erhöhten Teuerungszulagen vorgehen muß. Wenn das geschieht, dann wird es ja möglich sein, die vorhandenen Schwierigkeiten etwas zu verringern; es wird vielleicht gelingen, die ohne Zweifel vorhandene Unruhe in der Beamtenschaft etwas zu beseitigen. Ich gebe dem Empfinden der Beamten hier richtig Ausdruck, wenn ich behaupte, daß eine gewisse Unruhe innerhalb der Beamtenschaft vorhanden ist. Wir bitten sehr, daß auch die Verwaltung diesen Zustand nicht verkennen möge. Man soll dieses Moment der Unruhe nicht etwa unterschätzen. Ich hoffe ja auch, daß seitens der Verwaltung alles geschehen wird, um nach Möglichkeit gesunde Verhältnisse wieder in der Beamten- und Arbeiterschaft herbeizuführen. Daß die Verwaltung vielfach dazu den guten Willen gehabt hat, das wollen wir gar nicht bestreiten. Ob das aber in allen Fällen ausgereicht hat, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird man das eine sagen können, daß der Staat vielfach zu zögernd vorgegangen ist. Das gilt von der rechtzeitigen Bewilligung solcher Teuerungszulagen, die das Personal über diese schwere Kriegszeit hinwegkommen ließ. Es liegt hier im Interesse des Vaterlandes, daß etwas Großzügiges geschieht, denn die Arbeit der Eisenbahnbeamten und -arbeiter ist im höchsten vaterländischen Interesse gelegen. Wir wissen ja alle, welche ungeheuren Dienste uns das treue Durchhalten der Arbeiter in diesem Kriege geleistet hat. Wenn nun dieses gewisse Gefühl der Unruhe ab und zu in den Verbandszeitungen der Beamten zum Ausdruck kommt, so soll man deswegen nicht gleich nach Zensurmaßnahmen rufen, wie es neuerdings auch in der Staatshaushalts-Kommission geschehen ist. Ich muß mich eigentlich wundern, daß es gerade von dieser Seite geschah, denn der verantwortliche Leiter dieser Zeitung, der Weichensteller-Zeitung, der dazu Veranlassung gegeben hat, ist doch ein sehr eingeschworenes Mitglied jener Partei; er ist, wenn ich recht unterrichtet bin, sogar der Vorsitzende des Reichskartells, das unter die Fittiche jener Partei genommen ist. Wir sagen: wenn auch die Verbandszeitungen ab und zu vielleicht nicht so, wie es vielleicht immer wünschenswert wäre, über die Lage der Beamten berichten, so soll man doch nicht gleich die Ruhe verlieren, sondern soll den ganzen Zustand der Beamtenschaft der Erregung, der körperlichen Erschlaffung zugute halten; man soll sich immer vergegenwärtigen, daß die Zeitungen doch schließlich das Ventil sind, das ab und zu einmal geöffnet werden muß, wenn man nicht größere Mißstimmung innerhalb der Angestellten und Beamten zum Durchbruch kommen lassen will. Der Herr Minister hat ja in der Kommission gesagt, daß er bereits gegen die Weichenstellerzeitung eingeschritten sei. Wir bedauern das, aber wenn es einmal geschehen ist, so möchte ich doch bitten, daß mit dem verantwortlichen Beamten recht glimpflich verfahren wird, denn er ist ja eigentlich gar nicht der verantwortliche Redakteur dieser Zeitung; er muß ja nur mit seinem Namen den Inhalt der Zeitung decken, die Zeitung wird ja von einem ganz andern Beamten geschrieben. Hier zeigt sich der völlig unhaltbare Zustand, den Vorsitzenden eines Verbandes für den Inhalt der Zeitung verantwortlich zu machen. Darüber muß man sich doch aber wohl klar sein, daß die Beamten und Arbeiter selbstverständlich nicht wünschen, daß nur das in ihren Zeitungen geschrieben werden soll, was nun gerade besonders günstig für die Verwaltung und die Regierung ist. Es ist nach meinem Dafürhalten ein durchaus falscher Standpunkt, wenn man sagt, die Beamtenorganisationen haben die Beamtenschaft aufgepeitscht. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Wer, wie ich, so lange im Beamtenleben und Organisationsleben steht, über 25 Jahre, der wird wissen, daß gerade die Verbandsleitungen und Verbandszeitungen eifrig bestrebt sind, Beruhigung in den Kreisen ihrer angeschlossenen Mitglieder zu verbreiten. Sie bemühen sich, namentlich in diesem Kriege, unzweifelhaft, die Unruhe möglichst zu dämpfen. Sie können aber natürlich die nun einmal vorhandenen Stimmungen nicht so ohne weiteres unterdrücken. Es muß ab und zu einmal in den Zeitungen über die Stimmungen der Beamtenschaft geschrieben werden. Das sollte auch im Interesse der Verwaltung liegen. Sie muß doch die wahre Stimmung erfahren. Wir von unserm Standpunkt wünschen, daß die freie Meinung der Beamten auch in ihrem Fachorgan zur Geltung kommen muß. Wir sind nicht der Meinung, daß hier eine Zensur Platz greifen soll; denn es ist ganz selbstverständlich, daß in der fortgeschrittenen Zeit jetzt auch die Beamten nach einer andern Kost in ihren Organen verlangen, als es früher der Fall gewesen ist. Uns ist immer noch ein charaktervoller Beamter lieber als ein Beamter, der etwa auf Schleichwegen für sich und seine Standesgenossen Vorteile herauszuschlagen versucht. Es liegt mir hier vor ein Rundschreiben eines Eisenbahnbe-

amten, eines Vertreters einer mittleren Beamtengruppe, das geradezu ein grelles Schlaglicht auf einen Mangel an Charakter manches Beamten wirft. Hier in diesem Rundschreiben wird gesagt, daß 25 000 Mark für Wohlfahrtszwecke gesammelt sind, daß dieser Betrag dem Herrn Ministerpräsidenten überreicht worden ist, und daß, da nun jetzt ein Wechsel stattgefunden hat, erneut gesammelt werden soll, um dem neuen Herrn Ministerpräsidenten wiederum eine ähnlich hohe Summe zu überreichen. Es heißt dann in diesem Rundschreiben:

> Dies hat uns aber den unschätzbaren Vorteil gebracht, daß uns dadurch der Zugang zu den höchsten Stellen geöffnet worden ist.

Und weiter:

> Auf diese Weise kommen wir in mündlichen Vorträgen an entscheidender Stelle zu einer wirksamen Förderung unserer Bestrebungen.

Es heißt dann weiter, daß dieses taktische Vorgehen unschätzbare Erfolge für die betreffende Beamtenschaft gezeitigt habe, daß als ein solch faßbarer Erfolg die jetzt ausgezahlte Teuerungszulage von 540 Mark und 300 Mark zu betrachten ist. Es heißt:

> Diese Teuerungszulage ist gleichfalls von uns veranlaßt worden.

— Der Mann ist der Eisenbahnobersekretär Haseloff. Es heißt dann: „Die Teuerungszulage ist also veranlaßt durch Herrn Haseloff", eine Ueberhebung, die man nicht für möglich halten sollte. Also durch das Vorstelligwerden eines einzelnen Beamten ist ohne weiteres die Auszahlung der Teuerungszulagen in dieser Höhe veranlaßt worden. Wer bleibt da noch ernst?

Meine Herren, dieses Rundschreiben ist aber auch insofern noch interessant, weil im weiteren Texte darauf hingewiesen wird, welche Vorteile man durch dieses Vorgehen noch zu erreichen hofft, namentlich eine Heraushebung gewisser Beamtenklassen bei der Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses. Es wird dann zum Schluß gesagt, daß noch einmal jeder einen namhaften Betrag beisteuern solle, damit wiederum eine größere Summe dem jetzigen Herrn Reichskanzler überreicht werden könne. Zuletzt heißt es: „Dies Schriftstück muß vertraulich behandelt werden und darf daher auch nicht unbeaufsichtigt liegen bleiben!" Ich will Ihnen sagen, wie ich dieses Schriftstück erhalten habe. Einer der Herren, die zu dieser Vereinigung gehören, konnte sich mit einem solchen Vorgehen nicht einverstanden erklären. Er hat es mir übersandt mit der Bitte, hier in der Vollversammlung des Abgeordnetenhauses öffentlich zu erklären, daß die Beamtenschaft mit solchen Machenschaften nichts zu tun haben will.

Meine Herren, eine offene und ehrliche Interessenvertretung wird stets unsere Unterstützung finden. Aber was hier geschehen ist, das ist eines deutschen Mannes unwürdig. Einen schärferen Ausdruck will ich nicht gebrauchen. Hoffentlich begreift auch die Beamtenvereinigung das Unwürdige des Vorgehens ihres Vorsitzenden. Gott sei Dank, daß das Gros der Beamten anders denkt.

(Fortsetzung folgt.)

Organisationsfragen und -aufgaben.

Die kommende Zeit wird auch für uns schwer sein, für uns als Stand sowohl wie für uns als Verband. Und wir wissen, daß wir die Interessen unseres Standes nur wirksam vertreten können, wenn wir als Verband stark sind. Direktionsvereinigungen und der Bund der Beamten der preußisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen können uns nichts helfen, wenn unsere Standesorganisation nicht leistungsfähig und einflußreich ist, erst recht nicht die neue sozialdemokratische Eisenbahner-Organisation, die geradezu darauf ausgeht, unseren Verband zu zerbrechen. Gerade diese Konkurrenzgebilde müssen uns vielmehr anspornen, noch mehr für die Stärkung unseres Verbandes zu tun.

4000 Kollegen stehen unserm Verbande noch fern. Das Ziel muß sein, auch sie als Mitglieder zu gewinnen. Wie ganz anders stände unser Verband da, wenn er von sich sagen könnte, daß sämtliche Rotten- und Hilfsrottenführer in ihm vereinigt sind! Seine Bestrebungen würden ein noch viel stärkeres Fundament haben, ein noch viel stärkeres Gewicht gewinnen, wenn alle Standesgenossen ihm die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen wollten.

Wie gewinnen wir die noch fernstehenden Standesgenossen für unseren Verband? Der Appell allein tut's nicht. Es ist wahr, daß der Standesgenosse, der gern die Früchte der Bemühungen des Verbandes genießen will, selbst aber nicht dazu helfen will, daß der Verband diese Bemühungen unternehmen kann, unvornehm handelt; es ist ebenso richtig, daß er selbst mit schuld ist, wenn der Verband nicht soviel erreichen kann, als er möchte. In jeder Organisation macht man die Erfahrung, daß ihre schlimmsten Feinde diejenigen sind, welche von Rechts wegen zu ihr gehören, aus irgend welchen Gründen aber sich von ihr ausschließen; sie sind schlimmer als alle äußeren Feinde und Gegner. Aber auch wir wissen aus genügender Erfahrung, daß man mit solchen Vorstellungen und Vorhaltungen nicht auf alle Eindruck macht. Es muß ein Mehr hinzukommen.

Wenn wir einmal nüchtern und vorurteilsfrei prüfen wollen, weshalb noch so viele unserer Standesgenossen den Weg zum Verbande bisher nicht gefunden haben, dann dürfen wir nicht an der Frage vorbeigehen, ob unsere Organisation bereits das Höchstmaß der Leistung erreicht hat oder ob noch etwas gebessert werden kann. Ich meine jetzt nicht die Leistungen für die Mitglieder an Unterstützungen usw., sondern in der Verbandsarbeit und in der Werbetätigkeit. Die Aufgabe der Organisation muß sein, eine enge Verbindung der Mitglieder herzustellen, ein eifriges Verbandsleben zu pflegen, das ist dann zugleich die beste Werbetätigkeit. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß für einen recht beträchtlichen Teil unserer Mitglieder die Verbindung mit dem Verbande fast nur durch die Verbandszeitung und die Beitragspflicht hergestellt wird. D. h. sie sind ohne enge Verbindung mit der örtlichen Organisation. Während des Krieges tragen daran natürlich die Kriegsverhältnisse einen großen Teil der Schuld, Mehrarbeit, weniger Zeit zum Besuch der Versammlungen, schlechtere Bahnverbindungen. Aber daß diese Umstände so große Bedeutung gewinnen konnten, liegt doch wieder daran, daß die örtlichen Organisationen vielfach ihre Mitglieder auf einen so großen Umkreis verteilt haben, daß für viele Zeit und Bahnverbindung schon unter normalen Verhältnissen den regelmäßigen Versammlungsbesuch schier unmöglich machen.

Als der Verband gegründet wurde, empfahl es sich, große örtliche Vereine zu bilden. Dadurch wurden diese rasch lebensfähig und der Verband auf der anderen Seite konnte seine Verwaltungsaufgaben leichter bewältigen. Es war gewissermaßen ein Aufbau in großen Zügen, der — wie mit Genugtuung festgestellt werden darf — geglückt ist. Nun aber müssen wir überlegen, wie wir die Detail-Arbeit hinzufügen. Handelte es sich zunächst darum, Massen der Mitglieder zu sammeln — dafür waren die großen Vereine der rechte Weg, so müssen wir jetzt daran gehen, den einzelnen Mann heranzuholen, und dazu helfen die großen Vereine allein nicht, sie können sogar schädlich sein.

Sehen wir uns die Praxis an. Berlin hat über 300 Mitglieder, in seinem Bezirk sind vielleicht noch ebensoviele Rotten- und Hilfsrottenführer, die noch gewonnen werden müssen. Würde der große Berliner Verein sich in eine Anzahl kleiner Vereine teilen, so würde ganz gewiß erreicht werden, daß ein viel größerer Prozentsatz der Mitglieder am Vereins- und Verbandsleben tätigen Anteil nehmen kann, und ganz gewiß würde auch die Werbetätigkeit viel größere Aussichten geben. Den noch abseits stehenden Kollegen gewinne ich leichter zum Besuch einer Versammlung, wenn sie an seinem Wohnorte stattfindet, als wenn er erst eine Reise machen muß. Und die Reisen in Groß-Berlin sind bekanntlich manchmal recht weit und anstrengend. In Schlesien haben wir den großen Verein Breslau, außerdem noch in Falkenberg und Kattowitz. Würde da nicht für mindestens ein Dutzend weiterer Vereine reiche Lebens- und Arbeitsmöglichkeit gegeben sein? Oder gehen wir nach den Westprovinzen. Wir haben jetzt Vereine in Aachen, Altena-Siegen, Barmen, Cassel, Cöln, Crefeld, Cleve, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gießen, Gütersloh, Hamm, Hagen, Mainz, Marburg, Münster, Neuß, Nienburg, Paderborn, Saarbrücken. Da sind Großstädte, die keinen Verein haben. In dem gewaltigen Bezirk zwischen Cöln und Frankfurt wäre für ein Dutzend lebensfähigerer Vereine Platz.

Die alte Bestimmung lautete: jeder Verein soll mindestens 25 Mitglieder haben, nach oben war keine Grenze gesetzt. Vielleicht kehren wir die Sache mal um: jeder Verein soll nicht mehr als 25 Mitglieder haben, und nach unten soll keine Grenze gesetzt sein.

Natürlich werden gegen diesen Vorschlag allerhand Gründe ins Feld geführt werden können, und es befinden sich gewiß triftige darunter. Deshalb ist es erwünscht, daß aus den Kreisen der Mitglieder zu diesem Vorschlag recht viele Meinungsäußerungen eingehen. Das Für und Wider muß eingehend erörtert und erwogen werden. Besonders wichtig ist es, daß alle, die in der Organisationsarbeit Erfahrungen gemacht haben, diese mitteilen, die Erfahrungen in großen und die in kleinen Vereinen, über das Vereinsleben, den Besuch der weiter entfernt wohnenden Mitglieder, die Werbetätigkeit usw.

Der Vorschlag, der zur Diskussion gestellt wird, entspringt selbstverständlich nicht im mindesten einer Unzufrieden-

heit mit den bestehenden Vereinen und den in ihnen tätigen Verbandsmitgliedern. Er entspringt lediglich der Sorge um das Wachsen und die Entwicklung des Verbandes. Es ist die Frage gestellt: auf welchem Wege gewinnen wir am besten die noch abseits stehenden Standesgenossen? Das ist eine Sorge, die uns alle erfüllt, ein Streben, das uns alle leitet. Wir hoffen, in den nächsten Nummern unserer Verbandszeitung eine große Zahl von Mitteilungen und gutachtlichen Aeußerungen aus unserem Verbande zum Abdruck bringen zu können. Noch ist nichts beschlossen, die nächste Generalversammlung wird sich mit der Angelegenheit befassen können. Aber durch den freien und eifrigen Meinungsaustausch können wir sie vorbereiten. Unser Verband soll noch größer, stärker und lebenskräftiger werden! Br.

Beamtenkammern.

Nach § 6 des Gesetzentwurfs über die Arbeitskammern, der jetzt dem Reichstage zugegangen ist, werden für Techniker und Angestellte besondere Angestelltenkammern errichtet. Die Beamtenschaft geht leer aus. Eine Bestimmung, die die Errichtung von Beamtenkammern vorsieht, enthält der Gesetzentwurf nicht, obwohl speziell für die Unterbeamten die Errichtung solcher öffentlich-rechtlicher Interessenvertretungen dringend notwendig sind. Die Unterbeamtenschaft ist eben in ihrer Mehrzahl, soweit sie nicht auf gewerkschaftlicher Grundlage organisiert ist, noch so ungewerkschaftlich erzogen und deshalb auch politisch so erschreckend einflußlos, daß hier erst einmal von innen heraus und von unten herauf die bessernde Hand angelegt werden muß. Dann werden auch erfolgreiche Kämpfe um die Errichtung von Beamtenkammern geführt werden können. Heute fehlt den diesbezüglichen Arbeiten der Großorganisationen die Resonanz bei den breiten Unterbeamtenmassen.

In der „Beamten-Warte" lesen wir: Die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände hat sich an den Reichstag gewendet, um die Errichtung von Beamtenkammern zu erreichen. Vom Standpunkte der Allgemeinheit aus kann man die Forderung nur billigen. Was Landwirten, Handwerkern und Arbeitern recht ist, dürfte den Beamten billig sein. Dazu kommt noch ein besonderer Grund. Die genannten anderen Stände haben ihre großen politischen Organisationen und können mit deren Hilfe schon stark auf die Parlamente und die Regierungen einwirken. Den Beamten sind dagegen für eigene politische Betätigung recht enge Grenzen gezogen, teils durch gesetzliche Bestimmungen, teils durch persönliche Abhängigkeit oder berufliches Taktgefühl. Um so weniger sollte man die Vertretung der Beamtenwünsche vor der Oeffentlichkeit und vor der Staatsgewalt dem bloßen Zufall überlassen, der ja freilich auch hin und wieder einen Beamten in ein Parlament führt, während im allgemeinen die Wählermassen nicht geneigt sind, ihre Interessen einem Beamten als Abgeordneten anzuvertrauen. Aber deshalb müßte man dann dafür Sorge tragen, daß die Vertretung der Beamteninteressen schon außerhalb des Parlaments ebenso sichergestellt werde, wie die der Landwirte und Arbeiter. Ist doch auch materiell der Beamtenstand mehr denn jeder andere auf die staatliche Förderung angewiesen. Gerade der Krieg hat gezeigt, wie sehr der Wert des Beamteneinkommens von den schwankenden volkswirtschaftlichen Verhältnissen abhängt, niemand kann jedoch weniger für die Anpassung seines Einkommens an diese allgemeinen Verhältnisse tun, als eben der Beamte. So schaffe man ihm denn eine legitime Gelegenheit, seine Wünsche zu beraten und vorzubringen. Wir wollen in Deutschland kein von der politischen Demagogie abhängiges Beamtentum etwa nach französischem oder amerikanischem Vorbild. Aber das spricht gerade dafür, eine von Partei und Parlament unabhängige Beamtenvertretung zu schaffen.

Entschuldungsbeihilfen für Beamte.

In einer Notiz der Tagespresse lesen wir folgendes:

„Die allgemein bekannte statistisch nachgewiesene Verschuldung der mittleren Beamten ist während des Krieges auf weit mehr als ein volles Jahresdiensteinkommen einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses gestiegen. In kinderreichen Familien haben die Einbußen bezw. die Verschuldungen bereits die Höhe von zwei Jahresdiensteinkommen erreicht. Diese Schulden können angesichts der weiter steigenden Teuerung von keinem mittleren Beamten von seinem Diensteinkommen, einschließlich der Kriegsbeihilfen, abgebürdet werden. Die Arbeitsgemeinschaft von mittleren Staats- und Reichsbeamten erster Klasse hat deshalb dem preußischen Staatsministerium und dem Abgeordnetenhaus eine entsprechende Eingabe unterbreitet. In ihr wird die Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe für das Jahr 1918 in Höhe von 25 Prozent des Jahreseinkommens jedes mittleren Beamten, zum mindesten aber des Durchschnittseinkommens seiner Klasse beantragt. Die Arbeitsgemeinschaft beantragt fernerhin die Erhöhung des Grundbetrages der laufenden Kriegsteuerungszulagen um die Hälfte neben den dieser Erhöhung entsprechenden Kinderzulagen."

Wenn die Unterbeamten nicht das Nachsehen haben wollen, werden sie auch zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Es ist das um so notwendiger, als in der Tagespresse erfreulicherweise im Gegensatz zum Staatsanwalt Zeiler, der Gleichheit in diesem Punkte will, auch für Ummodelung des Wohnungsgeldzuschusses in einen Ortszuschuß im Verhältnis von 1 zu 2 zu 3½ für obere, mittlere und untere Beamten eingetreten wird. Wir sollten demgegenüber das

Reichskartell-Programm

durchzusetzen suchen, das auch einen Ortszuschuß, aber einen beweglichen, will, je nach dem Stande der Teuerungsverhältnisse. Dabei sollten wir den Kinderreichtum der unteren Beamten in etwa gegenüber den sonstigen Sonderansprüchen der mittleren und höheren Beamten in den Vordergrund rücken. Wie verlautet, ist die Regierung geneigt, in diesem Sinne Remedur zu schaffen. Statt des Wohnungsgeldzuschusses sollen Ortszulagen, abgestuft für ledige, verheiratete Beamte und für Beamte mit Kindern, vorgesehen werden. Daneben soll eine Art

Kinderversicherung

geplant sein, bei der man von den ledigen Beamten 5 Prozent, von den kinderlosen verheirateten Beamten 2 Prozent und von den Beamten mit Kindern ½ Prozent des Gehaltes als Beitrag einziehen will. Bei dieser Kinderversicherung würden, wie verlautet, den weitaus größten Teil der Kinderzuschüsse die Beamten schließlich selbst tragen, während der Anteil des Staates verhältnismäßig gering, dem Vernehmen nach zu 20 Prozent angenommen ist.

Ueber ein solches Verfahren wird sich reden lassen. Indessen müssen wir schließlich doch fordern, daß unsere Leistungen das eigentliche Objekt des staatlichen Entgelts bleiben.

Selbstverständlich müssen wir unsere Stellungnahme bis zum Vorliegen greifbarer Formulierung der Regierungsvorschläge aufschieben.

Zur Lebensmittelversorgung der Eisenbahnbediensteten in Preußen.

Am 19. ds. Mts. fand in Berlin im Ministerium der öffentlichen Arbeiten die 11. Sitzung des Ernährungsbeirates statt, an der der Geschäftsführer des Reichskartells, Kollege Gutsche, Elberfeld, teilnahm. Die Sitzung beanspruchte ein besonderes Interesse. In ausgiebiger Weise wurden die Mitteilungen des Herrn Hauptmanns von Heeringen und anderer Vertreter der staatlichen Lebensmittelzentralbehörden über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels erörtert. Die Bundesratsverordnung über die Bekämpfung des Schleichhandels setzen wir als bekannt voraus. In Zukunft sollen durch sogenannte Industrieverteilungsstellen den Rüstungsarbeitern, soweit Vorräte vorhanden, besondere Zulagen an Stelle der bisherigen Schleichhandelszulagen gewährt werden. Von uns wurde der Standpunkt vertreten, daß die Eisenbahnverwaltung und die Eisenbahner lange Zeit, als schon die übrigen Arbeiter der Rüstungsindustrie in ausreichender Weise mit Schleichhandelszulagen versorgt wurden, sich mit ihren festgesetzten Rationen begnügen mußten. Erst neuerdings seien die Lebensmittelausschüsse dazu übergegangen, Zusatz-Lebensmittel heranzuschaffen, die teils aus dem Schleichhandel, teils aus anderen Quellen stammten. Würde jetzt dieses System mit einem Schlage beseitigt, und schlössen sich die Eisenbahndirektionen an die Industrieversorgungsstellen an, dann würde nach allen bisherigen Erfahrungen die Sache wohl so kommen, daß für die unruhigen Arbeiterkreise von diesen Stellen Lebensmittel herangeschafft würden, die Eisenbahner aber leer ausgingen.

Dieser unser Standpunkt wurde im übrigen auch im wesentlichen von den anwesenden Ernährungsdezernenten eingenommen. So wurde zum Beispiel aus Saarbrücken berichtet, daß die Eisenbahner schon jetzt nicht mehr von der dortigen Industrieversorgungsstelle, die dort schon früher bestand, beliefert würden. Ob die Regierungspräsidenten, denen die Industrieversorgungsstellen unterstellt sind, immer das notwendige Verständnis für die Bedürfnisse der Eisenbahner haben würden, wurde nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt. Die Industrie sei mit Schleichhandelsware für längere Zeit gut eingedeckt, die Eisenbahnverwaltung hingegen nicht, so daß diese eine plötzliche grundstürzende Aenderung der Zusatzbelieferung des Personals schlecht vertragen könne. Zum mindesten sollte

doch in etwa garantiert werden, daß die Industrieversorgungsstellen den Eisenbahnern diejenigen Mengen Zusatzlebensmittel anlieferten, die in den allgemeinen Richtlinien für die genannten Stellen angegeben sind. Diese Mengen werden ohnehin bedeutend geringer sein, als die jetzt durch den Schleichhandel usw. eingeführten Zusatzmengen.

Der Vertreter des Kriegsernährungsamtes betonte demgegenüber nachdrücklich die Notwendigkeit, den gesamten Schleichhandel ohne Ausnahme einzudämmen. Unsere gesamte Ernährungswirtschaft, die infolge des ausgesogenen Bodens und anderer Umstände ohnehin nicht so glänzend sei, werde durch den Schleichhandel gefährdet. Die Transportschwierigkeiten erschwerten das Heranschaffen größerer Getreidemengen und sonstiger Lebensmittel aus Rumänien und der Ukraine außerordentlich. Die aus beiden Ländern eingeführten Mengen sollen in erster Linie bei uns das Kürzen der heute bestehenden Lebensmittelrationen hintanhalten. Die Eisenbahnverwaltung und der Ernährungsbeirat müssen sich entscheiden, ob sie in die Industrieversorgungsstellen einbezogen werden wollen, oder ob sonst ein anderer Modus der Verteilung von Zusatzlebensmitteln gefunden werden könne. Der Ernährungsdezernent des Eisenbahnministeriums Herr Geheimrat Dr. Voigt machte den Vorschlag, eine Art gemischtes System der Verteilung durchzuführen. Endgültig wurde diese Angelegenheit nicht entschieden, vielmehr wird das Ministerium der öffentlichen Arbeiten von Fall zu Fall mit den in Frage kommenden Reichsstellen Vereinbarungen treffen. Festgestellt sei noch, daß in der Sitzung bei der Verhandlung dieser Angelegenheit sowohl die Vertreter des Eisenbahnministeriums wie auch die Ernährungsdezernenten der Direktionen in nachdrücklicher Weise den Standpunkt der Arbeiter und Beamtenvertreter unterstützten. Wir erwarten nun, daß die Reichsstellen bei der Neuordnung der Dinge auch wirkliches Verständnis für die Bedürfnisse der Eisenbahner zeigen mögen. Dabei wollen wir gar nicht verkennen, daß auch ihre Stellung infolge der diversen „Brotfrieden", die nachträglich keine sind, eine recht schwierige ist.

Ein Vertreter der Reichsgemüsestelle berichtete über die zukünftige Obst- und Gemüseversorgung. An den bestehenden Mängeln derselben, besonders an dem Ueberfordern der Höchstpreise wurde von Arbeitern und Beamtenvertretern, wie auch von dem Ernährungsdezernenten Kritik geübt. Als besonders wichtig wurde der Abschluß von Lieferungsverträgen von den Eisenbahndirektionen mit Erzeugergebieten festgestellt.

Ueber die teilweise nach ganz neuen Gesichtspunkten erfolgte Förderung der Kleinwirtschaft der Eisenbahner wurden interessante Mitteilungen gemacht.

Zum Schluß verhandelte der Ernährungsbeirat über unseren Antrag, betreffend Erwerb von Ländereien für die Zwecke der Selbstversorgung der Bediensteten. Unsere Kollegen kennen den zugrunde liegenden Gedanken bereits aus der Etatsrede des Abg. Schmidt. Herr Ministerialdirektor Hoff zeigte an Beispielen, daß die Verwaltung schon in diesem Sinne allerlei Pläne verfolge. Kollege Gutsche wurde ermächtigt, die ganze Frage einmal umfassend in einer Denkschrift darzustellen. Dieselbe soll dann dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem Ernährungsbeirat und den Ernährungsdezernenten als Grundlage zu weiteren Verhandlungen dienen.

Neue Steuern.

Zum zweitenmal während der Kriegszeit hat sich der Reichstag mit einer großen sog. „Finanzreform" zu beschäftigen. Durch eine Reihe neuer Steuergesetze sollen 2879 Millionen Mark neuer Steuern aufgebracht werden. Die Regierungsvorlage umfaßt an neuen Steuern: Kriegsgewinnsteuer, Börsensteuer, Umsatzsteuer, Erhöhung der Postgebühren, Branntweinsteuer in der Form eines Branntweinmonopols, Bier- und Weinsteuer, Steuer auf Mineralwasser und Limonaden und endlich eine Erhöhung des Zolles auf Kaffee, Tee und Schokolade. Diese einfache Aufzählung genügt, um die ganze Ideen- und Systemlosigkeit unserer Finanzwirtschaft im Reich zu kennzeichnen. Keine Spur von „Neuorientierung". Genau so, als ob der Weltkrieg mit seinen grundstürzenden wirtschaftlichen Umwälzungen sich auf dem Mond abgespielt hätte und wir hier nur für die Kosten aufzukommen hätten.

Wenn wir an dieser Stelle zu den neuen Steuern Stellung nehmen müssen, so kann diese Stellungnahme nur eine absolut ablehnende sein. Zunächst: Mindestens vier Fünftel der neuen Steuern sind reine Verbrauchssteuern und wird derjenige Teil des Volkes, der nichts zu verkaufen hat, d. h. alle gegen Gehalt oder Lohn tätigen Volksgenossen mit diesem Teil allein belastet. Jeder, der etwas zu verkaufen hat, wälzt die neuen Steuern, soweit sie Verbrauchssteuern sind, ab. Wird nun die jetzige Steuerpolitik fortgesetzt — und daran besteht bei dem herrschenden Geist der Regierung und der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags kein Zweifel — dann erleben wir folgendes Ergebnis: Derjenige Teil des Volkes, der nichts zu verkaufen hat, bezahlt mindestens vier Fünftel der Kosten des Krieges allein dreimal. Zunächst jetzt bei den Kriegsanleihen. Soweit dieselben von Produzenten und Händlern gezeichnet wurden, geschah dieses von dem Geld, das sie den Nurverbrauchern in der Form von ständig steigenden Preisen genommen. Dieselben Nurverbraucher werden durch die unsinnige Steuerpolitik gezwungen, Zinsen und Rückzahlung unserer Kriegsschuld zu mindestens vier Fünftel nochmals allein aufzubringen. Wer den Mut hat, daran mitzuwirken, mag es tun. Wir können es nicht!

Eine solche Steuerpolitik können wir nach diesem Kriege nicht vertragen, weil eine vollständige Umschichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor sich gegangen ist. Auf der einen Seite: Unheimliche Steigerung der Grundrente, Kriegsgewinne und Vermögenssteigerung in fast unberechenbarer Höhe, Zusammenballung der Bank- und Industrieunternehmungen in wenigen Händen. Auf der andern Seite: Teilweiser Ruin des Handwerks, vollständiger wirtschaftlicher Niedergang der Nurverbraucherschicht.

Diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen muß unsere Steuerpolitik Rechnung tragen. Deshalb zuerst: steuerliche Erfassung der Grundrente durch Bodenwert- und eine Wertzuwachssteuer. Weitgehende Einziehung der Kriegsgewinne und eine progressiv steigende Vermögensabgabe. Besteuerung unserer Tauschmittel — des Geldes — mit Durchführung einer Reform unseres Geldwesens und endlich Ueberführung der Monopolrenten aus natürlichen und künstlichen Monopolen in den Besitz der Allgemeinheit. Wenn nach diesen Grundsätzen bei uns Steuerpolitik gemacht wird, dann — aber auch nur dann — können wir in Zukunft zu gesunden und — das sei gegenüber den Rathenauschen Ideen besonders betont — erträglichen volkswirtschaftlichen Zuständen kommen. Wird dann noch Vermögen, Einkommen und Erbschaft entsprechend versteuert, dann wird der nurverbrauchende Teil des Volkes die noch verbleibende Last tragen können.

Da nach diesen Grundsätzen die jetzige Steuerpolitik nicht getrieben wird, nehmen wir ihr gegenüber eine durchaus ablehnende Stellung ein. Wenn die Regierung, durch Verhältnisse, die stärker sind wie sie, gezwungen, diesen Weg nicht gehen will, verlangen wir von der Volksvertretung, daß sie ihr die fehlende Kraft gibt. Das Volk wird von ihr mit Recht Rechenschaft verlangen, weil es sich jetzt bei uns handelt um zukünftiges, erträgliches Dasein oder Untergang des Volkes.

F. H.

Volksversicherung des Reichskartells und Kriegsanleihe.

Die 8. Kriegsanleihe, die mit ihren 14½ Milliarden Mark die Welt in Staunen setzt, ist als Zeichen der Siegeszuversicht umso bedeutungsvoller, als auch die weniger bemittelten Volkskreise sich in erfreulich starkem Maße beteiligt haben. Das zeigen schon die Zahlen der Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung.

Mit Hilfe unserer Kriegsanleiheversicherung hatten bei der 6. Kriegsanleihe 493 Personen 221 600 Mark gezeichnet und bei der 7. Kriegsanleihe 1168 Personen 573 000 Mark. Bei der 8. Kriegsanleihe haben bisher über 3500 Personen 2 500 100 Mark gezeichnet!

Auch die durchschnittliche Zeichnungssumme ist also erheblich gestiegen, was allerdings zum Teil durch den gesunkenen Geldwert zu erklären ist. Bekanntlich stand unsere Kriegsanleiheversicherung unter der doppelten Losung: Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande und Schutz der Familie. Es ist nun bei unserer Volksversicherung eine schon längere Zeit beobachtete Erscheinung, daß unsere Mitglieder verständigerweise die geringe Kaufkraft des Geldes durch höhere Versicherungen ausgleichen.

Mit dem Ergebnis der Kriegsanleiheversicherung darf man also gleichfalls recht zufrieden sein.

An den sämtlichen acht Kriegsanleihen konnte sich unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung mit über 5½ Millionen Mark beteiligen. Ein Beweis, in welchem Umfange sie das Vertrauen der Staatsbediensteten besitzt.

Vereinsnachrichten.

Bez.-V. **Aachen.** Versammlungsbericht vom 1. 4. 18. Die Generalversammlung wurde um 2 Uhr durch den 2. Vorsitzenden mit Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet. Das Zahlen der Beiträge wurde erledigt. Aufgenommen wurde ein neues Mitglied. Die beiden Kassenprüfer erstatteten Bericht über die vorgenommene Prüfung, worauf der Vorsitzende dem Schatzmeister Entlastung erteilte. Von der Vorstandswohl wurde auf allgemeines Verlangen Abstand genommen. Unter „Verschiedenes" wurde nochmals an das pünktliche Bezahlen der Beiträge erinnert, damit der Schatzmeister auch seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Die nächste Versammlung findet am 7. Juli, 2 Uhr nachmittags, im Vereinslokal statt.

J. A.: Dohmen.

Bez.-V. **Allenstein.** Bekanntmachung. Mitglieder, welche bis zu einem Jahre mit dem Zahlen der Beiträge im Rückstande sind und diese bis zum 15. Juni ds. Js. nicht gezahlt haben, werden ohne jede Nachsicht aus dem Verein ausgeschlossen.

J. A.: Symanzek, Schriftführer.

Bez.-V. **Altona,** (Sitz Hamburg). Versammlungsbericht vom 14. April 1918. Der erste Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 2¾ Uhr, unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. 1. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und von der Versammlung angenommen. 2. Die Beiträge wurden von den anwesenden Mitgliedern entgegengenommen. Neu aufgenommen ist der Kollege Karl Seehase in Kuhstorf bei Hagenow-Land. 3. Vereinsangelegenheiten wurden mehrere besprochen. Ferner wurde der Gründung des Bundes der Direktions-Vereinigungen von der Versammlung zugestimmt. Es wird ein Mehrbeitrag von 25 Pfg. pro Mitglied vierteljährlich gezahlt werden müssen, da unsere Bezirkskasse keine Mehrausgaben erträgt. Der vierteljährliche Beitrag von 2,75 Mark ist an unseren Kassierer einzusenden. Die nächste Versammlung findet am 14. Juli 1918 im Vereinslokal statt.

A. Beckendorf.

Bez.-V. **Barmen-R.** Versammlungsbericht vom 14. 4. 18. Die am 14. 4. abgehaltene Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden mit Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet. 1. Das Zahlen der Beiträge wurde erledigt. 2. Der Jahresbericht wurde vom Schriftführer bekanntgegeben. Der Kassenbestand betrug am 1. 4. 17 82,30 Mark. Die Einnahme betrug im 1. Vierteljahr 123,95 Mark. Kassenbestand und Einnahme 206,25 Mark. Die Ausgabe betrug 125,75 Mark. Bleibt Kassenbestand 80,50 Mark. Einnahme und Kassenbestand im 2. Vierteljahr 146 Mark. Ausgabe 92,25 Mark. Kassenbestand 53,75 Mark. Einnahme und Kassenbestand im 3. Vierteljahr 157,75 Mk. Ausgabe 98,10 Mk. Kassenbestand 59,65 Mark. Einnahme und Kassenbestand im 4. Vierteljahr 171,60 Mark. Ausgaben 94,50 Mark. Kassenbestand am 1. 4. 18 77,10 Mark. Kasse und Bücher wurden von den Kollegen Bäumer und Heder revidiert und für richtig befunden. 3. Wegen der schwach besuchten Versammlung konnte die Neuwahl des Vorstandes nicht stattfinden, sie mußte bis zur nächsten Versammlung hinausgeschoben werden. Unter 4 (Verschiedenes) fand sich nichts zu erinnern. Schluß 6 Uhr.

Born, Schriftführer.

Bez.-V. **Bremen.** Zu Rottenführern ernannt wurden: Kleine, Bassum, Joh. Wellbrock, Bremen und Kramer Twistringen! Wir gratulieren herzlich.

Der Vorstand. J. A.: Immoor, 1. Vors.

Bez.-V. **Breslau.** Versammlungsbericht. Die am 7. 4. abgehaltene, von 28 Kollegen besuchte Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden um 2 Uhr eröffnet. Die 4 Punkte umfassende Tagesordnung wurde glatt erledigt. Aufgenommen wurde ein Kollege. Bei der allgemeinen Aussprache erregte es Befremden, daß dem Bezirks-Verein Elsaß-Lothringen Mk. 1050 Sterbe-, sowie 200 Mark Unfallgeld ausgezahlt werden konnten, ohne daß der Bezirks-Verein zwei Jahre hindurch Beiträge zahlte. Eine nähere, klare Begründung ist baldmöglichst erwünscht. (Im Bezirk Elsaß-Lothringen darf keine Versammlung abgehalten werden, daher kommen die Beiträge schlecht ein. Da aber die verstorbenen Mitglieder die Beiträge nachweislich gezahlt hatten, mußte das Sterbegeld gezahlt werden. Außerdem hat der Bez.-Verein Elsaß-Lothringen auch in mehreren Fällen das Sterbegeld selbst gezahlt. Hinzu kommt noch, daß viele Mitglieder gerade des Bezirksvereins Elsaß-Lothringen im Felde stehen. Die Red.) Der fachwissenschaftliche Vortrag am 9. Mai kann der schlechten Zugverbindungen wegen nicht stattfinden. Die Kollegen werden nochmals daran erinnert, einmalig 80 Pfg. mehr einzusenden, als Beitrag für den Beamtenbund der Eisenbahn. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 7. Juli, nachm. 2 Uhr, im Vereinslokal in Breslau statt.

J. A.: A. Klapper, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Breslau.** Die Prüfung zum Rottenführer bestanden: Hilfsrottenführer Kornau in Breslau, Scholz in Striegau, Hermann in Obernigk, Schöber in Reichenbach i. Schl., Fiebig in Koberwitz, Schmidt in Bunzlau, Siegemund in Siegersdorf, Baumgart in Ottmachau, Rupke in Friedenau, Müller in Brockau, Fiebig in Wilschkowitz, Rufe in Reisicht, Wiesener in Brockau und Klose in Schönau. Wir gratulieren.

Der Vorstand des Bez.-V. Breslau.

Bez.-V. **Frankfurt a. M.** Versammlungsbericht. Die Versammlung wurde um 4 Uhr vom 2. Vorsitzenden eröffnet. Niederschrift und Anwesenheitsliste wurden verlesen und erstere angenommen. Die Einnahme der Beiträge erfolgte wegen Abwesenheit des 1. Schatzmeisters durch den 2. Schatzmeister. Wegen Entlassung von der Verwaltung wurde der Rottenführer Markard aus dem Verein ausgeschlossen. Dann folgte eine Besprechung über den Beitritt zum Bund der Beamten der Preußisch-Hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen. Die Versammlung konnte wegen zu schlechten Besuchs jedoch keinen Beschluß fassen. Die Kollegen werden hiermit aufgefordert, in der nächsten Versammlung, welche am 7. Juli d. Js., nachm. 1 Uhr, im Vereinslokal stattfindet, recht zahlreich zu erscheinen, damit dieser Punkt erledigt werden kann.

Der Vorstand. J. A.: Sahler.

Bez.-V. **Hagen.** Versammlungsbericht vom 21. 4. 18. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Zahlung der Beiträge, 3. Bericht des Schatzmeisters, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Der 1. Vorsitzende begrüßte die erschienenen Kollegen und gab einen kleinen Ueberblick über das verflossene Jahr. Die Einnahme der Beiträge wurde vom 1. Schatzmeister erledigt. Sodann erstattete der letztere den Kassenbericht vom Jahre 1917. Von den Kassenprüfern war leider niemand anwesend, was von der Versammlung sehr bedauert wurde. Kassenbestand am 1. Januar 1917 124,05 Mk. Einnahme im Jahre 1917 636,10 Mark, Ausgabe 603,20 Mark, Kassenbestand am 1. Januar 1918 156,95 Mark. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt. Die Mitgliederlisten des Schriftführers und des Schatzmeisters wurden geprüft und übereinstimmend befunden. Die Mitgliederzahl beträgt 64. Der erste Vorstand schied in diesem Jahre aus. Er wurde, da kein Widerspruch stattfand, durch Zuruf wiedergewählt. 1. Vors.: Wilhelm Schürmann, Boele (Post Kabel), Hagener Str. Nr. 74. 1. Schriftführer: Friedrich Hesse, Gevelsberg, Rheinische Str. Nr. 14. 1. Schatzmeister: Franz Wegener, Boelerheide b. Eckesey. Unter „Verschiedenes" wurde besonders die diesjährige außergewöhnliche Verteilung der Geldunterstützung besprochen. Es wurde lebhaft bedauert, daß die Rottenführer alle leer ausgegangen sind. Daran kann man so recht sehen, wie unser schwerer Dienst seitens der Verwaltung eingeschätzt wird. Es wurde die Frage gestellt, wer wohl hinsichtlich des Dienstes mit dem Rottenführer tauschen möchte, besonders jetzt im Kriege. Wer jetzt keine Nerven hat wie Stahl, der geht zugrunde. Die Arbeitskräfte, mit denen man die Arbeiten ausführen muß, sind zum Gotterbarmen. Man tut aber alles gerne, weil die Liebe zum Vaterland es gebietet, in dieser schweren Zeit durchzuhalten. Wir Rottenführer wünschen aber auch, daß unser schwerer Dienst seitens der Verwaltung gewürdigt wird und sie dieses dadurch zu erkennen gibt, daß wir bei besonderen Geldzuwendungen auch zu den Glücklichen gehören. Der 1. Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch auf einen baldigen siegreichen Frieden. Die nächste Versammlung findet am 21. Juli 1918, nachmittags 3½ Uhr, im Vereinslokal statt.

Hesse, Schriftführer.

Bez.-V. **Kattowitz.** Versammlungsbericht vom 7. 4. und Einladung. Die Versammlung wurde um 2¼ Uhr vom 1. Vorsitzenden mit einer Begrüßung und herzlichem Willkomm der erschienenen Kollegen eröffnet. Der verstorbenen Kollegen und Ehefrauen wurde durch Erheben von den Plätzen gedacht. Hierauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. 1. Anfertigen der Anwesenheitsliste: Anwesend waren 19 Mitglieder. 2. Beiträge wurden wie üblich entrichtet. 3. Kassenbericht: Derselbe wurde vom 1. Schatzmeister bekanntgegeben. Die neugewählten Kassenprüfer bestätigten den ordnungsmäßigen Zustand der Vereinskasse und Kassenbücher. Dem 1. Schatzmeister wurde Entlastung erteilt. 4. Vorstandswahl: Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder (1. Vorsitzender, 1. Schatzmeister und 1. Schriftführer) wurden wiedergewählt. 5. Als Versammlungsort für 1918 wurde Beuthen (O.-S.), Tarnowitzerstr. Nr. 16, wiedergewählt. Schluß der Versammlung 4½ Uhr. Nächste Versammlung findet am 7.

Juli 1918 um 2 Uhr in Beuthen (O.-S.), Tarnowitzerstr. 16, statt.

Kosalla, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Königsberg.** Versammlungsbericht vom 7. April 1918. Die Versammlung wurde um 2 Uhr vom Kollegen Kahleck eröffnet. Er begrüßte die 21 anwesenden Kollegen und hieß sie alle herzlich willkommen. Hierauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Punkt 1: Die Niederschrift wurde angenommen. Punkt 2 (Zahlen der Beiträge) wurde erledigt. Punkt 3 (Wahl zweier Vorstandsmitglieder): Die alten Vorstandsmitglieder, der 1. Schriftführer und der 2. Vorsitzende, wurden wiedergewählt. Punkt 4 (Kassenrevision): Die beiden Revisoren haben Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden. Der 1. Vorsitzende sprach dem 1. Schatzmeister, Kollegen Rott, im Namen des Vereins seinen Dank für die gute Kassenführung aus. Punkt 5 (Vereinsangelegenheiten): Sämtlichen Kollegen hiermit zur Nachricht, daß wir seit dem 1. Januar dem Direktionsverbande mittlerer und unterer Eisenbahnbeamten angehören und jährlich 80 Pfg. an Beitrag, mithin vierteljährlich nicht Mk. 2,50, sondern Mk. 2,70 zu entrichten haben. Außerdem haben die Königsberger Kollegen noch vierteljährlich 10 Pfg. für den Allgemeinen Beamtenverband zu zahlen. Diejenigen Kollegen, die noch nicht ihren Beitrag für dieses Quartal gezahlt haben, haben Mk. 2,90 zu entrichten. Punkt 6 (Aufnahme neuer Mitglieder): Aufgenommen wurden drei Kollegen, und zwar: 1. Rottenführer Gotthardt Baltei, Pr. Eylau, Bahnhofsgebäude 2, 2. Rottenführer August Will, Ilsommen, Wärterhaus Nr. 67, 3. Rottenführer Karl Kunz, Ilsommen, Wärterhaus Nr. 69. Die nächste Versammlung findet am 7. Juli im Vereinslokal (Pillauer Bahnhofsgarten, Königsberg, gegenüber dem Lizentbahnhof) statt.

Augstein, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Stettin.** Bekanntmachung. Um allen Schwierigkeiten hinsichtlich der Beitragszahlung aus dem Wege zu gehen, wird den Kollegen nochmals mitgeteilt, daß der beschlossene Vierteljahrsbeitrag von 0,15 Mark für den Bund zusammen mit unserm Beitrag von 2,50 Mark und dem einmaligen Beitrag von 2,— Mark, welcher in der Versammlung beschlossen worden ist, erhoben wird. (Der einmalige Beitrag ist reichlich hoch, was hätten die Mitglieder wohl gesagt, wenn der Verband diesen Beitrag erheben wollte? D. Red.) Ferner werden diejenigen Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, aufgefordert, ihre Beiträge pünktlicher zu bezahlen, damit dem Kassierer alle unnötigen Schreibereien erspart bleiben. Ich möchte die Kollegen doch bitten, den einmaligen Beitrag von 2,— Mk. umgehend einzusenden, damit der Kassierer den Beitrag an die Kasse der Direktions-Vereinigung abliefern kann.

Müller, Schriftführer.

Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher.

Die Lage der breiten Schichten der Verbraucher ist gekennzeichnet durch eine geradezu unverständliche Machtlosigkeit. Denselben fehlt jeder Einfluß auf den Preis der Verbrauchsgüter, die tagtäglich von ihnen eingekauft werden müssen. Nicht nur, daß ihnen keine Möglichkeit gegeben ist, die Preise nach unten zu beeinflussen, sondern im Gegenteil erfolgt durch die Eindeckung des Bedarfs ein Hochtreiben der Preise. Die Lebensmittel, sowie die gesamte Verbrauchsgüterversorgung leidet an zwei Grundfehlern. Staatlicherseits ist vor dem Kriege und auch jetzt während des Krieges Produzentenpolitik betrieben worden. Man hat alles getan, dem Produzenten reichlichen Gewinn aus seiner Tätigkeit zu sichern, ohne Rücksicht darauf, ob der Verbraucher auf Grund seines Einkommens in der Lage war, die dadurch gesteigerten Preise auch zu zahlen. Auch die ganzen Einrichtungen des Krieges, Kriegswucheramt, Preisprüfungsstelle, Höchstpreise usw. haben darin nichts geändert, daß der Produzent im Vordergrunde der staatlichen Hilfe steht, wogegen Rücksicht auf den Verbraucher erst an zweiter Stelle genommen wird.

Stellen wir so einerseits das Versagen des Konsumentenschutzes durch den Staat dar, so müssen wir andererseits auch feststellen, daß die breitesten Schichten der Verbraucherkreise auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Selbsthilfe ebenfalls vollständig versagt haben. Auf die Dauer wird, wenn die Gebrauchsgüterversorgung nicht nur von dem Gesichtspunkte des Profitinteresses beeinflußt, sondern vom sozialen Gesichtspunkte aus gestaltet werden soll, die Verbraucherschaft zu energischer, zielbewußter, genossenschaftlicher Selbsthilfe schreiten müssen. Bis heute entscheidet über den Preis der Ware das Gewinnbestreben des privaten Kapitals. Nur die Zusammenfassung der Verbraucher in Konsumgenossenschaften kann die Preisgestaltung nach sozialen Gesichtspunkten herbeiführen.

Der Zweck der Konsumvereine ist, die Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung zu einem einheitlichen Willen auszulösen. Trotz des gleichen Interesses der Verbraucher, ihre Verbrauchsgüter möglichst gut und billig einzukaufen, ist die Zusammenfassung bisher nicht in der notwendigen Stärke erfolgt. Die Kaufkraft ist, wird sie einzeln ausgeübt, vollständig machtlos; sie wird aber zu einer gewaltigen Kraft, wenn sie geeint in der genossenschaftlichen Organisation zusammengefaßt ist. Auf Grund der Zusammenfassung der Kaufkraft kann der gemeinsame Einkauf des Bedarfes der gesamten Verbraucherschaft erfolgen und ebenfalls die Eigenproduktion der Gebrauchsgüter herbeigeführt werden. Es handelt sich, das muß man festhalten, nicht nur allein um Lebensmittel, sondern auch um die sonstigen Gebrauchsgüter wie Bekleidung, Schuhe usw. Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher wird in der Zukunft um so notwendiger sein, als wie einerseits die Warenpreise sich noch lange auf einer unnatürlichen Höhe erhalten werden, andererseits aber bei einem großen Teil der Arbeiter ein Herabsinken der Kriegslöhne stattfinden wird und bei den Festbesoldeten an eine entsprechende Steigerung der Gehälter bei den großen Anforderungen, die an Staat und Kommune gestellt werden, nicht zu denken ist. Dazu kommt noch, daß das Privatkapital nach dem Kriege inniger denn je sein Profitinteresse vertreten wird. Durch die Kriegswirtschaft sind entweder aus eigenem Antriebe, zu einem großen Teil aber unter dem Druck des Staates, die produzierenden Kreise zu Monopolen, Kartellen und Vereinigungen zusammengeschlossen worden. Wir erinnern nur an den Verband der Margarinefabriken, das Seifensyndikat, Verband des Großhandels und des Kleinhandels, kurz und gut, alle Interessenkreise haben sich zusammengefunden, um nach dem Kriege ihr Gewinnbestreben auf eine erfolgreiche Basis stellen zu können. Demgegenüber müssen die Verbraucher, wollen sie nicht unter die Räder dieser Hochflut privat-kapitalistischen Gewinnbestrebens kommen, sich ebenfalls zusammenschließen zu Konsumgenossenschaften, um auf Grund dieses Zusammenschlusses einen sozialen, wirtschaftlichen Machtfaktor zu bilden. Die Grundforderung eines solchen sozialen Machtfaktors jedoch ist, daß die Verbraucher ohne Rücksicht auf Partei und Religion, ohne Rücksicht auf Standesunterschiede sich zusammenfinden. Der Einzelkonsumverein muß möglichst alle Verbraucherkreise einer Stadt oder eines Bezirks umfassen, damit er in der Lage ist, als starke Grundlage für den Aufbau der gesamten Bewegung dienen zu können. Jede Zersplitterung der Bewegung durch Kirchturms- oder Standespolitik bedeutet eine Schwächung der Stoßkraft der Gesamtbewegung. So einheitlich wie das Verbraucherinteresse ist, so einheitlich muß auch die Organisation der Verbraucher sein. Der Arbeiter hat kein anderes Interesse als der Beamte, und der Eisenbahner dasselbe wie der Privatangestellte.

Bei der genossenschaftlichen Organisation muß deshalb das Grundprinzip sein, allgemeine Konsumvereine zu bilden. Die Konsumvereine für einzelne Berufe und Stände zu bilden, ist Genossenschaftsspielerei, aber niemals konsequente Verbraucherpolitik. Die Leistungsfähigkeit vieler Konsumvereine, ihre Unmöglichkeit, zur Eigenherstellung von Brot usw. überzugehen, ist meistens durch die Begrenzung auf einen kleinen Ort oder auf einen bestimmten Stand zurückzuführen. Auch die Eisenbahner-Konsumvereine leiden unter dieser Beschränkung so, daß der Erfolg dieser Konsumvereine, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein sehr geringer ist. Die Mitglieder haben wenig Nutzen und die Gesamtbewegung wird geschädigt. Soll die Konsumgenossenschaftsbewegung die Macht besitzen, dem Gewinnbestreben des privaten Kapitals entgegenzutreten, so dürfen wir nicht an Stelle des kleinen Krämerladens den Zwergladen des kleinen Konsumvereins hinsetzen, sondern wir müssen Vereine von Tausenden und aber Tausenden Mitgliedern schaffen, die in der Lage sind, eine starke Kapitalkraft zu entwickeln. Das private Kapital kann in seinen Bestrebungen nur eingeengt und überwunden werden, wenn die Verbraucher demselben eine starke, soziale Kapitalmacht gegenüberstellen. Diese Möglichkeit ist bei konsequenter, zielbewußter Genossenschaftsarbeit möglich. Augenblicklich bedeutet der Stand der konsumgenossenschaftlichen Organisation schon eine nicht zu unterschätzende Macht. Ende 1916 bestanden in Deutschland rund 2400 Konsumvereine, mit einer Mitgliederzahl von 2¾ Million. Dieselben hatten einen Umsatz von ¾ Milliarden Mark. An Eigenkapital standen rund 100 Millionen Mark Geschäftsguthaben und Reserven und an Spareinlagen usw. 125 Millionen Mark zur Verfügung. Würde die deutsche Konsumvereinsbewegung in den nächsten Jahren

5 Millionen Mitglieder erhalten, so würde man bei einem Umsatz von jährlich 400 Mark pro Familie mit einem Gesamtumsatz von 2 Milliarden Mark rechnen können. 2 Milliarden Mark bedeutet jedoch 10 Prozent des Konsums des deutschen Volkes und würde der Bewegung eine gewaltige Stoßkraft verleihen. Würde jedes Mitglied der konsumgenossenschaftlichen Bewegung den geringen Betrag von nur 60 Mark zur Verfügung stellen, so würden allein die Geschäftsanteile 300 Millionen Mark betragen. Außerdem kämen dann die Reserven, sowie die Spareinlagen, so daß rund ½ Milliarde genossenschaftlichen Kapitals zur Verfügung stände. Würde des weiteren die Geldwirtschaft der Verbraucher in richtige Bahnen geleitet, so daß das Geld aus den Verbraucherkreisen auch nur im Interesse der Verbraucher verwandt würde, so würde sich diese Summe noch ungeheuer steigern lassen.

Die Verbraucher haben jetzt im Kriege erfahren, wie schwer sie ihr eigenes Interesse geschädigt haben, daß sie nicht früher der Konsumgenossenschaftsbewegung sich angeschlossen haben. Wieviel Geld hätten dieselben ersparen können, wenn die konsumgenossenschaftliche Organisation doppelt so stark gewesen, wenn dieselbe auf dem Gebiete der Eigenproduktion dem vielfach wucherischen Treiben der Produzentenkreise durch eigene Fabriken hätte entgegentreten können. Nur 100 Millionen Mark aufgewendet für genossenschaftliche Produktivbetriebe, würde diesem Treiben ein Ende gemacht haben. Die Verbraucher müssen aus diesen Vorkommnissen des Krieges die Lehre ziehen, daß das Versäumte mit aller Energie nachgeholt werden muß. Organisierung des letzten Verbrauchers im Konsumverein, Einstellung der Spargelder der Verbraucher in den Dienst dieser Bewegung, und Ausübung der Kaufkraft des Einzelnen in dem Eigengeschäft, das sind die Wege, die die Macht in sich bergen, eine teilweise Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in eine soziale herbeizuführen. Die Erreichung dieses Zieles und der Zeitpunkt der Verwirklichung kann nicht vom privaten Kapital hintangehalten werden, sondern wird nur bestimmt von den Verbrauchern selbst. Je energischer die gesamte Verbraucherschaft sich für die genossenschaftliche Arbeit einsetzt, desto eher wird die Genossenschaftsbewegung auf dem Gebiete der Preisbestimmung für die Gebrauchsgüter ausschlaggebend sein und eine bessere Zukunft für die minderbemittelten Schichten des Volkes herbeiführen. Für jeden Verbraucher gibt es jetzt nur noch eins: durch Erwerbung der Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaftsbewegung zur praktischen Tat zu schreiten.

Notizen.

Löschung von Disziplinarstrafen von Beamten und Lehrern in Preußen. Ein Erlaß des preußischen Staatsministers, der die Löschung der Disziplinarstrafen regelt, besagt: Die in den Personalakten befindlichen Vermerke über die Disziplinarstrafen sind mit einem Löschungsvermerk zu versehen, wenn der Beamte seit Festsetzung der Strafe während einer Bewährungsfrist die Pflichten seines Amtes zufriedenstellend erfüllt hat. Diese Bewährungsfrist beträgt bei Warnungen, Verweisen und Geldstrafen bis zu 30 Mark 5 Jahre, bei sonstigen Disziplinarstrafen 10 Jahre. Die mit Löschungsvermerk versehenen Strafen sollen den Beamten nicht mehr zum Vorwurf gereichen und in Berichten an vorgesetzte Behörden nicht erwähnt werden. In die Akten sollen für ihn ungünstige Tatsachen (Vorkommnisse — nicht Urteile) nur nach Anhörung des Beamten eingetragen werden. Seine Aeußerung ist der Eintragung beizufügen. — Damit wird den preußischen Beamten ein Wunsch erfüllt, der auch in anderen Bundesstaaten von den Beamten schon seit Jahren geltend gemacht und zum Teil erfüllt worden ist und für Preußen von jeher vom Reichskartell mit Entschiedenheit vertreten wurde.

Bekanntmachung.

Nachstehenden Mitgliedern kann die Zeitung nicht zugestellt werden. Die Bezirksvereine werden gebeten, die genaue Adresse an den Verbandsvorsitzenden, Herrn Karl Schneider, Dahlhausen-Ruhr, einzusenden.

Wilh. Küster, bisher wohnhaft in Berlin-Lichtenberg 1, Fachstr. 52, ist unanbringlich, weil der Bezieher laut Postmeldung vom 8. 5. 18 unbekannt verzogen ist.

Mart. Baulig, bisher wohnhaft in Oberwinter, ab 30. 4. 18 in Rheydt, ist ohne nähere Wohnungsangabe unanbringlich.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Aachen, 7. 7. 18, nachm. 2 Uhr, Aachen, Vereinslokal.
Altona-Hamburg, 14. 7. 18, Vereinslokal.
Berlin, 4. 7. 18, abds. 8 Uhr, Berlin, Andreasfestsäle (Andreasstr. 20).
Breslau, 7. 7. 18, nachm. 2 Uhr, Breslau, Vereinslokal.
Frankfurt, 7. 7. 18, nachm. 1 Uhr, Frankfurt, Vereinslokal.
Hagen, 21. 7. 18, nachm. 3½ Uhr, Hagen, Vereinslokal.
Kattowitz, 7. 7. 18, nachm. 2 Uhr, Beuthen, O.-S., Tarnowitzerstr. 16.
Königsberg, 7. 7. 18, Königsberg, Pillauer Bahnhofsgarten.
Paderborn, 7. 7. 18, mittags 12 Uhr, Paderborn, Altdeutsche Bierstube.
Saarbrücken, 12. 5. 18, nachm. 2 Uhr, Saarbrücken, Vereinslokal.

Glückwünsche.

Rottenf. Karl Geike

in Reichenbach i. Schl. hat aus Anlaß der Versetzung in den Ruhestand das **Allgemeine Ehrenzeichen in Silber** erhalten.

Rottenf. Paul Pfeiffer

in Breslau hat das **Kriegsverdienstkreuz** erhalten.

Hilfsrottenf. Fr. Müller

in Alt-Altmannsdorf b. Camenz i. Schl., jetzt Gefr. im R.-J.-R. 11, hat das **Eiserne Kreuz 2. Klasse** erhalten.

Zu allen diesen Auszeichnungen gratulieren wir herzlichst.

Rottenf. Paul Hannak

in Dittersbach feierte sein **25jähr. Dienstjubiläum.**

Unsern **herzlichsten Glückwunsch!**

Der Vorstand des Bez.-V. Breslau.
J. A.: H. Scholz, 1. Vors.

Unserm lieben Vereinskollegen, dem Königlichen Rottenführer

Herrn Chr. Hornung

in Eisenach zu seinem **40jährigen Dienstjubiläum** (12. 5. 1878—12. 5. 1918) die **herzlichsten Glückwünsche.**

Der Vorstand und die Koll. des Bez.-V. Erfurt.
J. A.: H. Leder, 1. Vors.

Beileid.

Am 29. April verstarb die **Ehefrau** unseres werten Kollegen

Moritz Beyer

aus Bieselbach.

Wir betrauern mit ihm diesen schmerzlichen Verlust.

Der Vorstand des Bez.-V. Erfurt.
J. A.: Leder, 1. Vors.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.